

Abteilung Kulturelles  
Gerechtigkeitsgasse 79  
Postfach 551  
3000 Bern 8

Bern, 28. August 2014

## **Vernehmlassung städtische Kulturförderung: Schwerpunkte und Mittelverwendung 2016 – 2019**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den Schwerpunkten und zur Mittelverwendung 2016 – 2019 in der städtischen Kulturförderung Stellung zu nehmen.

### **A. Allgemeine Bemerkungen und Antrag zum neuen Schwerpunkt "Kulturelle Teilhabe"**

Vorausschickend möchten wir festhalten, dass wir enttäuscht sind, dass mit der Vernehmlassungsvorlage keine eigentliche Kulturstrategie vorgelegt wurde, wie es die überwiesene Motion der GB/JA!-Fraktion („Die Erarbeitung einer neuen Kulturstrategie gilt es jetzt anzupacken!, eingereicht am 18.10.2012) forderte. Auch in den Legislaturrichtlinien 2013-2016 ist festgehalten, dass bis „Ende der Legislatur 2013-2016 [...] die städtische Kulturpolitik auf einer neuen Kulturstrategie [steht]...“. Die Motion verlangte insbesondere, dass die Erarbeitung der Grundlagen für eine solche Strategie in einem partizipativen Prozess zu erfolgen habe, in den die verschiedenen kulturellen AkteurInnen einbezogen werden (subventionierte Institutionen, Verbände, aber auch freie Kulturschaffende). Gerade der Einbezug der freien Szene wurde in dem bisher stattgefundenen Austausch zwischen der Abteilung Kulturelles und den Subventionsempfangenden sträflich vernachlässigt.

Das Fehlen einer eigentlichen Kulturstrategie zeigt sich auch darin, dass die neuen Schwerpunkte wenig griffig sind. Es ist aber an der Politik, den Prozess so zu steuern, dass gemeinsam mit den kulturellen Institutionen und Kulturschaffenden die Schwerpunkte für die nächste Förderperiode festgehalten werden können. Aufgabe der Politik ist es dann, die entsprechenden Fördergefässe zu definieren, damit die Zielsetzungen erreicht werden können.

-> **Antrag:** Das Grüne Bündnis hält deshalb seine Forderung aufrecht, dass ein allgemeines Kulturkonzept erstellt wird, in dem auch die kulturellen Aktivitäten aller Direktionen aufgezeigt werden.

Aufgabe der Stadt Bern ist es, Kultur in ihrer Vielfalt zu fördern und zu vermitteln, insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen (Gemeindeordnung Artikel 17). Das Grüne Bündnis vermisst in der Vorlage einen erweiterten kulturpolitischen Blick, der auch den Beitrag der Kultur zu Fragen der Stadtentwicklung, zum Erhalt von kreativen Freiräumen, zur Unterstützung einer lebendigen Quartierkultur, zur Unterstützung unterschiedlicher kultureller Traditionen und Ausdrucksformen, zur Unterstützung von Projekten im Bereich Kinder- und Jugendkultur thematisiert. Es ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, warum die Bedeutung des PROGRs für das Schaffen von förderlichen Rahmenbedingungen für das Kulturschaffen in der Vernehmlassungsvorlage mit keinem Wort erwähnt wird. Ebenso findet die wichtige Rolle der HKB als Ausbildungsstätte kaum Eingang in den Vierjahresplan.

-> **Antrag:** Um der Vielfalt der unterschiedlichen kulturellen Ausdrucksformen auch in der Förderpolitik vermehrt gerecht zu werden, beantragt das Grüne Bündnis, dass neben der Förderung des professionellen Kulturschaffens der Schwerpunkt „kulturelle Teilhabe“ stärker ausgebaut und mit einem eigenen Programm und einer eigenen Kommission, welche die Allokation der Mittel verantwortet, versehen wird. Die für die neuen Schwerpunkte vorgesehenen Mittel von 250'000 Fr. sollen ausschliesslich zur Förderung dieses neuen Schwerpunktes und seines Programms verwendet werden.

Die weiteren neu vorgesehenen Schwerpunkte "Unterstützung des Kulturschaffens" und "koordinierte Vielfalt" benötigen u.E. keine neuen Fördergefässe und können innerhalb der bestehenden Gefässe (z.B. direkte Projektförderung) oder auch mit der Bundesmillion finanziert werden.

## **B. Bemerkungen zu den finanziellen Aufwendungen allgemein**

Das Grüne Bündnis begrüsst die klareren Zuständigkeiten der Kulturförderung auf dem Platz Bern, die durch das neue kant. Kulturförderungsgesetz entstehen. Das Grüne Bündnis unterstützt die Absicht des Gemeinderates einen Teil der dadurch freiwerdenden Mittel (1.4 Mio.) zur Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens zu verwenden. Das Grüne Bündnis erwartet jedoch, dass inskünftig ein grösserer Anteil der Mittel in die direkte Unterstützung von Kulturschaffenden und in die Projektförderung fliesst, so dass dieser Anteil neu mind. 15% der verfügbaren Mittel umfasst gemäss der vom Stadtrat überwiesenen Planungserklärung zum IAFP 2015 – 2018.

-> **Antrag:** Das Grüne Bündnis beantragt, dass neu 15% der verfügbaren Mittel für die direkte Unterstützung von Kulturschaffenden verwendet werden (direkte Projektförderung und Förderung des Kulturaustausches). Das Kulturförderungskonzept soll aufzeigen, wie die Stadt dieses Ziel konkret erreichen will.

## C. Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Institutionen und ihrer Finanzierung

- **Konzert Theater Bern**

Es entsteht der Eindruck, „wer hat, dem wird gegeben“. KTB ist nicht nur der grösste Subventionsempfänger, sondern erhält mit einer Erhöhung der Mittel von rund 681'000 Fr. pro Jahr (Stadtanteil 48%) auch die grösste Erhöhung. Das Grüne Bündnis unterstützt die Massnahmen zur Behebung der Lohndifferenzen zwischen Angehörigen des Orchesters und jenen von Schauspiel- oder Opernensemble, hält jedoch die gesamte Erhöhung, d.h. den Teil der zur Steigerung des künstlerischen Potentials vorgesehen ist (300'000 Fr. pro Jahr insgesamt) für zu hoch. Insbesondere weil KTB noch die Möglichkeit hat, Subventionen für zusätzliche Partizipations- und Vermittlungsangebote aus anderen Töpfen zu erhalten.

-> **Antrag:** Das Grüne Bündnis beantragt, den Beitrag der Stadt Bern an die Erhöhung zur Steigerung des künstlerischen Potentials um 150'000 Fr. pro Jahr zu kürzen. Diese Mittel sollen der freien Projektförderung zufließen.

- **Schlachthaus und Dampfzentrale**

Das Grüne Bündnis spricht sich gegen eine von oben angeordnete Fusion von Schlachthaus und Dampfzentrale aus. Der angefangene Prozess zur Auslotung unterschiedlicher Formen verstärkter Kooperation soll jedoch ergebnisoffen von den beiden Institutionen unter Einbezug der freien Szene weitergeführt werden. Das Schlachthaus ist das Haus der freien Szene, konnte sich ein eigenes Profil verschaffen und hat sich in dieser Form grundsätzlich bewährt. Das Grüne Bündnis erwartet, dass der Grundsatz „structure follows strategy“ auch in diesem Bereich zur Anwendung kommt, d.h., dass zuerst Ziele definiert und dann die Strukturen festgelegt werden. Das Grüne Bündnis teilt zudem die Auffassung nicht, dass eine weitere Institution wie die Gessnerallee Zürich oder die Kaserne Basel in erster Linie der Stärkung der Freien Szene und damit der Unterstützung einer vielfältigen Kulturszene dient – gerade diese Beispiele zeigen, dass eine Fusion der beiden Institutionen die Innovation und Flexibilität so wie die Möglichkeit, experimentelle, kollektive Kunst zu veranstalten schwieriger würde. Es geht schliesslich um die Stärkung der Kunst und nicht einzelner Institutionen. Für das Grüne Bündnis steht deshalb an erster Stelle, dass die Produktionsbedingungen für die freie Szene verbessert werden. Dies bedeutet insbesondere mehr direkte Projektförderung sowie Auftrittsmöglichkeiten. Eine angemessene Förderung der Auftrittsmöglichkeiten für das lokale Kulturschaffen muss daher vermehrt in die Leistungsverträge mit den subventionierten Institutionen aufgenommen werden (gilt auch für die Kunsthalle).

-> **Antrag:** Das Grüne Bündnis fordert einen Marschhalt in der angeordneten Fusion von Schlachthaus und Dampfzentrale und fordert, dass für die kommende Subventionsperiode weiterhin zwei separate Leistungsverträge ausgestellt werden (allenfalls nur für 2 Jahre mit Option auf Verlängerung).

-> **Antrag:** Die Streichung von Fr. 35'000 bei der Theater- und Tanzkommission ist in diesem Zusammenhang rückgängig zu machen.

-> **Antrag:** Die Mittel für die beiden Institutionen sollen auch bei Weiterführung von zwei separaten Leistungsverträgen um 165'000 Fr. erhöht werden. Es wird vorgeschlagen, dass diese Mittel je hälftig der Dampfzentrale und dem Schlachthaus zukommen.

- **Kunsthalle**

Das Grüne Bündnis befürwortet die Unterstützung der Kunsthalle in der vorgeschlagenen Form.

- **Reitschule (IKuR)**

Um der kulturpolitischen Bedeutung der Reitschule/IkuR gerecht zu werden, sollen sie weiter klar unterstützt werden. Zusätzlich zum Leistungsvertrag soll eine weitere Unterstützung von kulturellen Anlässen in der Reitschule durch Projektbeiträge ermöglicht und im Leistungsvertrag auch explizit erwähnt werden.

- **Grosse Halle**

Die bevorstehende Sanierung durch eigene interne Zusammenarbeit soll unterstützt werden. Es ist jedoch darauf zu achten, dass die Grosse Halle nicht noch stärker zu einer kommerziellen Veranstalterin wird, da dies zu Reibungen mit den anderen Nutzungen in der Reitschule führt. Eine Steigerung der Einnahmen kann nicht prioritäres Ziel sein. Eine weitere Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen (freie Szene, Werkstatt, soziale Themen) in der Grossen Halle durch Projektbeiträge soll deshalb möglich sein.

- **PROGR**

-> **Antrag:** Die Stadt Bern soll weiterhin Ateliers im PROGR mieten und diese den Kulturschaffenden zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen. Ebenfalls soll die Stadt Aktivitäten im PROGR mit Projektbeiträgen unterstützen. Damit der Stiftung progr weiterhin ihre Ateliers zu günstigen Konditionen Künstler und KünstlerInnen zu Verfügung stellen kann, soll ein Verzicht oder eine Reduktion des Baurechtzinses von der Stadt geprüft werden.

- **bee-flat**

bee-flat ist Mieterin innerhalb des PROGR. Bis Ende 2015 erhält bee-flat einen Mietzinserslass von 23'400 jährlich. Ab 2016 muss bee-flat für die bisher von der Stiftung PROGR übernommene Miete von jährlich CHF 23'400.- aufkommen können, was eine entsprechende Lücke zur Folge haben wird. Zudem leistet bee-flat mit einer Angebotserweiterung (seit längerem bereits „Konzerte für Schulklassen“ und seit 2013 „Konzerte für Familien“) einen wichtigen Beitrag zum geplanten Schwerpunkt „Kulturelle Teilhabe, Partizipation“.

-> **Antrag:** Die Stadt Bern soll der geforderten Erhöhung um Fr. 30'000 nachkommen.

- **Vierjahresvertrag BewegGrund**

Das integrative Tanzprojekt für Menschen mit Behinderung leistet einen wichtigen Beitrag zum geplanten Schwerpunkt „kulturelle Teilhabe“. In der Vorlage ist vorgesehen, dass der heutige Vierjahresvertrag nicht erneuert, sondern in einen Jahresvertrag umgewandelt werden soll, was die Planungssicherheit gefährdet.

-> **Antrag:** Die Stadt schliesst weiterhin einen Vierjahresvertrag mit BewegGrund ab.

- **Cinématte**

Die Cinématte gehört zu den nicht kommerziellen Kinos der Stadt Bern und leistet seit Jahren mit sehr viel Freiwilligenarbeit einen Beitrag zu einer vielfältigen Filmkultur, ohne städtische Subventionen zu beanspruchen. Die unabhängigen Kinos (DAK-das Andere Kino) versuchen möglichst, sich nicht zu konkurrenzieren, sondern sich zu ergänzen. Die Cinématte ist heute nicht mehr das Kino, das vor allem Reprisen zeigt, sondern findet seinen Platz mit thematischen Schwerpunkten und Spezialvorführungen. Ohne einen regelmässigen Unterstützungsbeitrag zu erhalten, ist jedoch die Weiterführung des Kinobetriebs gefährdet, auch wenn weiterhin viel Arbeit auf freiwilliger Basis geleistet wird.

-> **Antrag:** Zur Unterstützung des nicht-kommerziellen Off-Kinos Cinématte soll neu eine jährliche Subvention von Fr. 30'000 gesprochen werden.

- **Neues Kulturhaus für junge Generationen**

In den bisherigen Räumlichkeiten des Berner Puppentheater und im Theaterraum vis-à-vis an der Gerechtigkeitsgasse 44 plant der neu gegründete Verein vis-à-vis ab 2016 ein Kunst- und Kulturhaus für junge Generationen zu etablieren, in dem das Figurentheater einer von drei Programmpfeilern sein soll. Als weiterer Pfeiler soll die Bühne insbesondere jungen Kulturschaffenden offen stehen. Der dritte Pfeiler stärkt die Entwicklung von gemeinsamen Projekten zwischen Profis und Kindern und Jugendlichen.

-> **Antrag:** Das Grüne Bündnis beantragt, dass ein substantieller Teil der bisherigen Subvention von 100'000 Franken für die Puppenbühne Demenga zur Unterstützung des neuen Angebots zu verwenden ist. Die verstärkte Förderung von Angeboten für die jungen Generationen entspricht den zu fördernden Schwerpunkten.

- **Biennale/Musikfestival**

-> **Antrag:** Die Vor- und Nachteile eines Zusammengehens von Biennale und Musikfestival sollen von den beiden Festivals ergebnisoffen geprüft werden.

## **D. Weitere Anträge und Bemerkungen**

- **Förderung der Literatur durch Schaffung einer Koordinationsstelle**

Das Grüne Bündnis teilt die Meinung, dass für eine verstärkte Förderung der Literatur nicht unbedingt ein klassisches Literaturhaus wie zum Beispiel Zürich oder Basel geschaffen werden muss. Ein runder Tisch aller literarisch tätigen Kulturakteure der Stadt Bern, der dieses Frühjahr im PROGR stattfand, hat ergeben, dass es Sinn macht, ein Literaturbüro aufzubauen, und es Bedarf für eine Stelle gibt, die eine koordinierende Funktion übernehmen kann.

-> **Antrag:** Eine Koordinationsstelle Literaturförderung wird mit 80'000 Franken jährlich unterstützt.

- **Streichung Beitrag "Stadtmarketing"**

Wie den Erläuterungen der Vernehmlassungsvorlage (S. 29) zu entnehmen ist, werden aus einem Kredit "Stadtentwicklung durch Kultur" Projekte aus den Bereichen Stadtmarketing, Tourismus und grosse Events unterstützt. Hierbei handelt es sich um eigentliches Stadtmarketing, das aus anderen Kanälen unterstützt werden soll und nicht aus dem Kulturbudget.

-> **Antrag:** Das Grüne Bündnis stellt den Antrag, den Beitrag von Fr. 75'000 für "Stadtentwicklung durch Kultur" zu streichen.

Allenfalls ist zu prüfen, ob die Unterstützung einer stärker ausgebauten und verbreiteten Kulturagenda mit einem Teil dieser Mittel realisiert werden könnte.

- **Zusammensetzung der Kulturförderungskommissionen**

Das Grüne Bündnis begrüsst, wenn die Transparenz im Kommissionswesen erhöht wird. Der Idee, neu einen Teil der Kommissionsmitglieder öffentlich auszuschreiben, stehen wir skeptisch gegenüber, insbesondere wenn dies nur für einen Teil der Kommissionsmitglieder zur Anwendung kommen soll. Hingegen würden wir es begrüssen, wenn vermehrt Kriterien verbindlich definiert werden, die dafür sorgen, dass auch in die Kommissionen unterschiedliche Gesichtspunkte einfließen. Dass in jeder Kommission jemand von ausserhalb der Berner Kulturszene Einsitz nehmen soll, halten wir für unabdingbar. Für weitere sinnvolle Kriterien neben der Einhaltung der Geschlechterquote halten wir den Einsitz einer Person, die noch in Ausbildung ist, sowie den Einsitz von Personen, die den neuen Schwerpunkt "kulturelle Teilhabe" vertreten.

- **Soziale Sicherheit der Kulturschaffenden**

-> **Antrag:** Die Stadt Bern übernimmt das Modell zur Verbesserung der sozialen Sicherheit, wie es im Bundesgesetz über die Kulturförderung (KFG, Art. 9) verankert ist. Das KFG sieht

vor, 12% der Unterstützung (Preise oder Werkbeiträge) an die Pensionskasse oder die Säule 3a der unterstützten Kulturschaffenden zu überweisen, wobei die 12 Prozent je zur Hälfte durch die Kulturschaffenden und zur Hälfte durch die unterstützenden Institutionen geleistet werden.

- **Zusammenarbeit und Kommunikation**

-> **Antrag:** Der stärkere Austausch der Kulturszene unter sich und mit der städtischen Kulturförderung soll mit geeigneten Mitteln unterstützt werden, z.B. durch finanzielle Unterstützung einer Plattform der Kulturschaffenden "a-kult"<sup>1</sup>, welche insbesondere die Vertreter und Vertreterinnen der freien Szene stärker vernetzt und in ihrer Positionierung unterstützt. Denn die Stadt Bern braucht einen Dachverband, bei welchem sowohl freischaffende KünstlerInnen und Kulturschaffende wie auch Institutionen und Veranstalter mitwirken. Diese Vereinigung soll für die Stadt Bern eine erste und wichtigste Ansprechpartnerin in kulturellen Belangen sein. Die Stadt unterstützt diesen Verband massgeblich und darf dafür auch erkennbare Gegenleistungen erwarten (zum Beispiel in der öffentlichen Kommunikation, oder bei der Erarbeitung einer Kulturstrategie für die Stadt Bern).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Vorschläge und verbleiben mit freundlichen Grüßen



i.V. Sandra Julius  
Geschäftsführerin des Grünen Bündnis

---

1) in Anlehnung an be-kult, dem Verein der Berner Kulturveranstalter